



IN BEWEGUNG

Campen gegen Krieg in der Altmark

Magdeburg. Am 31. Juli hat unter dem Motto »War starts here. let's stop it here« das antimilitaristische Camp in der niedersächsischen Altmark begonnen. Hier, nahe dem Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ), wollen die Teilnehmer_innen neue »Perspektiven für antimilitaristisches Handeln« entwickeln. Das Camp wird noch bis zum 6. August dauern. Zu den Themen des umfangreichen Programms gehören die Flüchtlingspolitik und der Kampf gegen Rechtspopulismus. Am kommenden Samstag wird mit einer Demonstration gegen das GÜZ, in dem auch die NATO-Einsätze geprobt werden, ein Höhepunkt der Zeltwoche stattfinden. Seit mehreren Jahren wird das Camp von Antimilitarist_innen vorbereitet. Ein Mitorganisator erklärt gegenüber »nd«, dass das Camp in diesem Jahr kleiner ausfällt, da hauptsächlich in der Region mobilisiert wurde. Im nächsten Jahr soll es wieder eine bundesweite Mobilisierung geben. *now*

Critical Mass in Berlin – Radler nehmen Fahrt auf

Berlin. Am letzten Freitag hat in Berlin mit rund 3000 Teilnehmer_innen eine der größten Critical Mass Fahrradtouren (CM) stattgefunden – begleitet von einem Techno-Soundsystem. Unter den unzähligen gewöhnlichen Fahrrädern waren auch einige bunt dekorierte Modelle zu bestaunen. Gestartet war die zu deutsch »Kritische Masse« am Kreuzberger Mariannenplatz, von dort aus bahnte sich die bereifte Demonstration einen Weg durch die Stadt. Critical-Mass-Touren sind friedliche unangemeldete Fahrten durch Innenstädte, die – zumindest zeitweilig – die Straße als Teil öffentlichen Lebensraumes zurückerobern. »Wir behindern nicht den Verkehr, sondern wir sind der Verkehr!«, lautet ein Motto. Ein Teilnehmer oder eine Teilnehmerin am Freitag gab auf der Internetplattform »linksunten« an, die Gruppe habe zwischen 20 Uhr und ein Uhr nachts mehr als 45 Kilometer zurückgelegt. Für Mittwoch haben die Radaktivist_innen zum Thema Luftverschmutzung eine neue CM-Tour zum Bundesverkehrsministerium angekündigt. *nd*

Jusos beim Fahnenklau

Saarbrücken. Nach dem Diebstahl zweier Fahnen in Mainz kommt auf ein beteiligtes Mitglied der Jusos (Jungsozialisten) im Saarland kein Verfahren zu. Die Fahnen hingen vor der Mainzer CDU-Geschäftsstelle auf halbmast anlässlich der Beisetzung von CDU-Altkanzler Helmut Kohl am 1. Juli. Sie wurden dann von einigen Jusos entwendet, die sich auf dem Rückweg von einer Feier am Rande der Juso-Landeskonferenz befanden. Nach Rückgabe des Corpus Delicti, der Amtsniederlegung und einer Entschuldigung der beteiligten Person ist die Affäre für die Saar-SPD nach Aussagen ihres Landesprechers erledigt. An dem Fahnenklau waren neben dem saarländischen Juso-Mitglied allerdings auch Jungsozialisten aus Hessen und Rheinland-Pfalz beteiligt. Auf Letztere kommt nach Angaben der rheinland-pfälzischen SPD ein Parteiordnungsverfahren zu. *dpa/nd*

Aufstand gegen die nukleare Bedrohung

Reiner Braun zum Atomwaffenverbot, zu deutschen Gelüsten nach der Bombe und Strategien der Friedensbewegung



Anfang Juli schlossen bei der UNO 122 Staaten ein Abkommen für ein weltweites Atomwaffenverbot. Es wurde in der Friedensbewegung als »historischer Durchbruch« und »Aufstand gegen die herrschende Atompolitik« begrüßt. Allerdings hat bislang keine Atomwaffenmacht und kein NATO-Mitglied unterzeichnet. **Reiner Braun**, Friedensaktivist und Ko-Präsident des Internationalen Friedensbüros in Genf, hat den Verbotprozess begleitet. Mit ihm sprach **Kerstin Ewald**.

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Die Friedensbewegung feierte das Abkommen für ein Atomwaffenverbot teils enthusiastisch. Ist das nicht übertrieben, bedenkt man, dass sich die Atomwaffenmächte nicht daran halten werden?

Richtig, keine einzige Atomwaffenmacht war dabei, weder bei den Verhandlungen noch bei der Unterzeichnung. Von daher ist es kein materielles Durchbruch, in dem Sinne, dass morgen die ersten Sprengköpfe verschrotet werden und wir übermorgen eine Welt ohne Atomwaffen haben werden. Trotzdem halte ich das Wort »historisch« für richtig, weil zum ersten Mal 122 Länder einen Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen haben, vergleichbar den Verbotverträgen für Chemiewaffen, für biologische Waffen oder für Landminen.

Der Vergleich mit der Chemiewaffenkonvention hinkt doch etwas, sie wurde beispielsweise von fast allen Staaten der Welt ratifiziert ...

Keiner dieser Verträge war am Anfang von allen getragen worden. Es sind nach und nach Staaten hinzugekommen, und diese Dynamik erhoffen wir uns natürlich auch. Es ist auch etwas Neues, dass diese Regierungen – viele dieser Staaten sind von den Atomwaffen ökonomisch oder politisch abhängig – den Mut gefunden haben, gegen den Widerstand der Atomwaffenstaaten, ein Verbotverfahren auf den Weg zu bringen. Sie gehen damit einen Schritt in die Richtung einer neuen internationalen völkerrechtlichen Norm.

Obama hatte letzten Herbst ausdrücklich vor einer Teilnahme am Verbotprozess gewarnt. Doch einige Länder, die unter dem »nuklearen Schutzschirm der NATO« stehen, wie die Niederlande oder Malaysia trauten sich. Wie kam das?

Die überwiegende Mehrheit der Länder, die an den Atomwaffenverbotsverhandlungen teilnahmen, will wirklich diese Atomwaffen abschaffen. Die Regierungen begründen ihre Teilnahme mit der Sorge, dass es doch noch mal zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, sei es durch einen technischen Fehler, einen Unfall oder dadurch, dass Regionalkonflikte eine gefährliche Dimension annehmen könnten. Alle sind sich der dra-

matischen humanitären Konsequenzen eines Atomwaffenkrieges – und sei es nur ein regionaler – bewusst.

ICAN, die Internationale Kampagne gegen Atomwaffen, sieht in diesem Abkommen ein konstruktives Misstrauensvotum gegen den von Atomwaffenstaaten dominierten Sicherheitsrat. Ist das zutreffend?

Ja, da steht das Ringen um eine neue Kultur dahinter! Für diese Länder ist das Zwei-Klassen-System, das in der UN herrscht – also fünf können mit Veto alles verhindern – nicht mehr zeitgemäß. Mit dem Vertrag hat man Fakten geschaffen und durchbricht diese Struktur an einer Stelle. Während der Verhandlungen in Genf herrschte eine Atmosphäre des Aufbruchs, die Länder haben sogar gefeiert zum Schluss!

Welche Rolle spielte die Friedensbewegung im Verbotverfahren?

Regierungen und Friedensbewegungen verschiedener Länder haben den Atomwaffenverbots-Vertrag gemeinsam entwickelt. Eine solche Koalition hat es vorher nie gegeben, das ist bahnbrechend neu. Es war ein langer Weg bis zur Unterzeichnung des Verbotes in den letzten sechs, sieben Jahren. Angestoßen durch die Vorbereitungskonferenzen in Norwegen, Wien und Mexiko, weitergeführt dann in vielfältigen Gesprächen. Während der UN-Verhandlungen erlebten wir ein völlig neues Klima der Kooperationen, was sich symbolisch schon dadurch ausdrückte, dass sich im großen Saal der UN die Vertreter von Regierungen gleichberechtigt mit Friedensvertretern beim Mikrofon anstellen mussten.

Repräsentanten der deutschen Regierung standen nicht Schlange am Mikro, warum fehlten sie im kompletten Verhandlungsprozess?

Deutschland verhält sich streng NATO-treu und US-hörig in der Atomwaffenfrage. Abgesehen davon befindet sich das Land in einer äußerst widersprüchlichen Lage: Faktisch ist Deutschland ja zumindest teilweise Atomwaffenmacht, da es über »nukleare Teilhab« verfügt. Hier lagern also Nuklearwaffen, die im Kriegsfall von deutschen Piloten eingesetzt werden können. Auch in



Am 9. August fiel eine Atombombe auf Nagasaki in Japan.

Foto: picture alliance/ dpa

Friedenszeiten trainieren wir mit diesen Waffen. Andererseits verbietet aber der Atomwaffensperrvertrag, den Deutschland unterzeichnet hat, klipp und klar jeglichen Zugriff und jegliche Verfügungsgewalt.

Trotzdem gibt es in Deutschland derzeit wieder Ambitionen, sich Zugang zur Bombe zu verschaffen ...

Ja, es ist ein alter Traum der Konservativen, Zugriff auf die Atomwaffen zu bekommen – entweder als deutsche Atomstreitmacht oder im europäischen Rahmen. Und es ist kein Zufall, dass in der Zeit von Brexit und Trump diese Debatte, die bei konservativen Thinktanks und Stiftungen ihren Ursprung hat, von der ZDF-Sendung Panorama lanciert und dann unter anderem von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« aufgegriffen wurde. Es wird dann immer zurückgerudert, aber das hat System. Und ich kann nur sagen: Wehret den Anfängen.

Warum war das Medienecho zur Unterzeichnung des Atomwaffen-Abkommens Anfang Juli so gering?

Also erst mal sind Atomwaffen ja schon seit Mitte der 80er Jahre, sagen wir mal, seit dem INF-Abkommen von Gorbatschow und Reagan über Kurz- und Mittelstrecken-Raketen, kein großes politisches Thema mehr (INF: Intermediate Range Nuclear Forces, d.Red.). Das ist zutiefst bedauerlich. Nur, Medien sind eben ein Reflex gesellschaftlichen Bewusstseins und Konstellationen.

Konstellationen, welche die Friedensbewegung zu verschieben sucht?

Also wir müssen uns überlegen, wie wir wieder mehr Menschen dafür gewinnen können, sich aktiv gegen dieses Damoklesschwert, das über uns schwebt, zu engagieren. Basisbewegungen müssen wieder wachsen, die Bewegung der atomwaffenfreien Städte und Gemeinden muss stärker werden und so weiter. Bei den bald anstehenden internationalen Treffen in Hiroshima und Nagasaki werden wir diskutieren, wie wir einzelne Atomwaffenmächte aus der Allianz der Verweigerung herausbrechen können. Möglicherweise ist Großbritannien ein Kandidat. Und auch die deutsche Verweigerungshaltung bröckelt hier und da. So gibt es Personen im Auswärtigen Amt, die in der Atomwaffenfrage andere Positionen vertreten als die Regierung. Zuerst gilt es aber, so viele Staaten wie möglich für die Ratifizierung des Atomwaffenverbotes zu gewinnen.

Hiroshima-Tag, Sonntag, den 6. August: In diesem Jahr jähren sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 72. Mal. Zu diesem Thema finden in vielen Städten Gedenkveranstaltungen, Aktionen, Radtouren statt: <https://www.friedenskooperative.de/termine/hiroshimatag>

Lange To-do-Liste für Antifas

Am Mittwoch beginnt das Workcamp beim KZ Buchenwald. Nachdem die Tradition fast vor dem Aus stand, feiern die Gruppen nun Revival

Eine Woche lang wollen Aktivistinnen und Aktivisten auf dem Gelände der Gedenkstätte ackern und bei Vorträgen und Theaterdarbietungen ihr Verständnis des Antifaschismus schärfen.

Von Tim Zülch

Der Weg der Erinnerung muss freigelegt werden, ebenso der Steinbruch. Auf der ehemaligen Müllhalde des KZ Buchenwald wollen junge Aktivistinnen Ausgrabungen vornehmen, außerdem im Archiv nach Dokumenten zu Rosa-Winkel-Häftlingen suchen. Zudem werden sich die antifaschistischen Aktivistinnen und Aktivistinnen mit Gedenkpolitik, der völkischen Geschichtsperspektive der AfD oder Faschismustheorien beschäftigen. Viel zu tun für eine Urlaubswoche.

Ab dem 2. August laden verschiedene Antifa-Gruppen zum Camp in die Nähe der Gedenkstätte Buchenwald

ein. Die Gruppen wollen allerdings nicht nur für sich diskutieren. Auch in der Innenstadt von Weimar sollen Lesungen samt Büchertisch auf dem zentralen Theaterplatz stattfinden.

Das Antifa-Camp bei Buchenwald hat Tradition. 1990 fand das erste Camp statt, als sich spontan ein kleiner Kreis Antifaschisten zusammen fand, um dem »Verfall der Gedenkstätte entgegenzuwirken«, wie der VVN-BdA auf seiner Webseite schreibt.

2013 schien sich jedoch das Ende dieser Camp-Tradition abzuzeichnen, da sich das Vorbereitungsbündnis wegen inhaltlicher Streitereien entzweite. Nachdem eine Gruppe antideutsch eingestellter Aktivistinnen 2015 einen Neuanfang unter anderem mit dem Slogan »Antifaschismus heißt Solidarität mit Israel« plante, zu dem es aber wegen Vorwürfen hinsichtlich einer Verkürzung des Faschismusbegriffes nicht kam, stand das Antifa-Camp in Buchenwald vor dem Aus.

Nun also wieder ein Neuanfang. Und dass sie es ernst meinen, darf man den Organisatoren ruhig glauben. Man wolle »bewusst strömungsübergreifend eine offene Ausein-

Immobilienkäufe von Rechtsradikalen deuten darauf hin, dass Südtüringen als Schwerpunkt der subkulturellen Rechten weiter ausgebaut wird.

dersetzung aus linker emanzipatorischer Perspektive zum Thema anstoßen«, heißt es dazu im Aufruf.

Doch immer noch scheint der Umgang mit der wechselvollen Geschichte des Camps nicht ganz geklärt. Die Organisatoren sehen einerseits »die Geschichte des Camps

(als) wichtigen Bezugspunkt« und wollen sich der Kritik aus früheren Camps stellen, andererseits proklamieren sie, »sämtlichen Ballast aus den vergangenen Jahren, in denen das Camp schon stattgefunden hat, abwerfen« zu wollen. Man wird sehen.

Ein langjähriger Streitpunkt mit der Leitung der Gedenkstätte hingegen sei, so die Organisatoren, beigelegt. Immer wieder hatten sich Mitstreiter des Camps bei der Gedenkstättenleitung darüber beklagt, dass der Widerstand der Häftlinge nicht ausreichend gewürdigt werde. Die Verantwortlichen der Gedenkstätte hätten teilweise sogar mit Restriktionen reagiert. In den letzten Jahren sei die Gedenkstätte erfreulicherweise »von dieser faktischen Leugnung der Selbstbefreiung abgerückt«, so die Vorbereitungsgruppe gegenüber »nd«.

Besorgt sind die Leute vom Antifa-Camp über die Entwicklung Thüringens zu einer rechten Hochburg. Es

formierten sich hier in letzter Zeit rechtsextreme Bewegungen, die zunehmend öffentlichkeitswirksam in Erscheinung traten. Eine breitere Öffentlichkeit erfuhr zuletzt von diversen Rechtsrock-Konzerten, unter anderem in Gera und gleich drei im Örtchen Themar im Landkreis Hildburghausen. Auch mehrere Immobilienkäufe von Rechtsradikalen deuten darauf hin, dass Südtüringen als Schwerpunkt der subkulturellen Rechten weiter ausgebaut wird. Auf diese Weise würden gerade »ganze Landstriche zu Rückzugsräumen der militanten Neonaziszene«, so die Organisatoren.

Sicherheit steht dementsprechend ganz oben auf der langen To-do-Liste der Vorbereitungsgruppe. Der genaue Ort des Antifa-Camps wird nicht öffentlich bekannt gegeben, die Teilnehmer sollen zu einem Treffpunkt in Weimar kommen und werden von dort aus mit Shuttlebussen zum Camp gebracht